



**WOCHEN
SCHAU**

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

SONDERAUSGABE
SEKUNDARSTUFE I/II



71. Jahrgang — Nr. 20s — Juli 2020

Sprachbildung im Politikunterricht

(c) Wochenschau Verlag

Editorial

Sprachbildung im Politikunterricht

Liebe Leser*innen,

Sprachbildung ist das Thema dieser Sonderausgabe der WOCHENSCHAU. Thematisiert werden Formate des Scaffoldings, sprachbildender Maßnahmen, aber auch konkret sprachliche Hürden, die den Ansatz als Querschnittsthema im Politikunterricht so bedeutungsvoll machen sowie der herausfordernde Weg von der Alltagssprache zur Bildungs- und Fachsprache.

Diese Ausgabe der WOCHENSCHAU für Lehrkräfte beantwortet viele praktische Fragen nicht nur zur Rolle der Lehrkraft für einen sprachbildenden Unterricht, sondern zeigt auch am Material selbst auf, mit welchen Lernaufgaben oder erschließenden Techniken und Methoden zur Materialbearbeitung ein sprachbildender Politikunterricht realisiert werden kann.

Sprache ist ein zentrales Instrument gesellschaftlichen Zusammenlebens und gesellschaftlicher

Prozesse: Sprache kodifiziert, betreibt Framing, eröffnet Denkräume oder schränkt sie ein. Diese Perspektive zeigt sich z. B. im Beitrag über das Gendersternchen. Als Herausgeber*innen sind wir der Ansicht, dass ein solcher Beitrag längst überfällig war, nachdem wir uns für dieses innerhalb des Materials längst entschieden haben.

Wir hoffen, dass wir für Sie das Themenfeld der Sprachbildung im Politikunterricht facettenreich aufgreifen konnten und Sie mit Anregungen aus der Lektüre in das neue Schuljahr starten können.

Ihre Herausgeber*innen der WOCHENSCHAU



Die Herausgeber*innen
(v. l. n. r.)

Peter Massing,
Tessa Debus,
Sabine Achour und
Bernward Debus

Inhaltsverzeichnis

Zur Bedeutung von Bildungssprache und Fachsprache im Politikunterricht von Peter Massing _____ 4

In der Politikdidaktik besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass der Sprachfähigkeit im Politikunterricht zentrale Bedeutung zukommt. Dennoch erhalten sprachliche Aspekte erst in jüngster Zeit im Zusammenhang eines kompetenzorientierten Politikunterrichts mehr Aufmerksamkeit. Im Zentrum steht dabei die Fachsprache, bezogen auf Basis- und Fachkonzepte. Der Beitrag arbeitet heraus, dass es für einen erfolgreichen Politikunterricht auf das Zusammenwirken von Alltagssprache, Fachsprache und Bildungssprache ankommt.

Sprachbildung im sprachsensiblen Politikunterricht von Josef Leisen _____ 10

Bildungssprache wird in Lehr-Lern-Situationen mit spezifischen Denkopoperationen und Verwendungssituationen benutzt; sie trägt die Merkmale der konzeptionellen Schriftlichkeit. Die daraus resultierenden Sprachhürden lernwirksam zu überwinden, ist der Aufgabenbereich des sprachsensiblen Unterrichts. Dazu hat die Lehrperson unterrichtspraktisch zwei Möglichkeiten: Entweder senkt sie die Sprachhürden für alle bzw. individuell oder sie belässt die Sprachhürden und bietet den Lernenden ggf. individuelle Unterstützungen durch Methoden-Werkzeuge an.

Leseförderung im Politikunterricht: Grundlagen und Möglichkeiten von Helene Bergmann _____ 22

Um Sachkompetenz und fachspezifische höhere Denkopoperationen zu erreichen, müssen die im Politikunterricht eingesetzten Texte zunächst verstanden werden. Dabei können die speziellen Sprachmerkmale von fachtypischen Texten zu Verstehenshürden werden, die den Leseprozess störanfällig machen. Der Beitrag zeigt auf, wie die Nutzung von Lesestrategien im Politikunterricht zur Überwindung von Sprachhürden, zu einer intensivierten Textauseinandersetzung und damit zu mehr Lernerfolg beitragen kann.

Gendersternchen – ja oder nein? Argumente für eine geschlechterreflexive Sprachbildung in Schule und Unterricht von Elia Scaramuzza _____ **32**

Wie können Argumente in Schule und Unterricht reflexiv vermittelt werden? Wie können Freiheitsmöglichkeiten von Schüler*innen erweitert und ihre Einschränkung zurückgewiesen werden? Der Beitrag diskutiert dies am Beispiel des Gendersternchens und beleuchtet hierzu auch verschiedene Strategien des Genderns, ihre möglichen Annahmen und Folgen. Diskutiert wird so, welche Möglichkeiten eine geschlechterreflexive Herangehensweise für Sprachbildung eröffnen kann.

Wie kann sprachbildender Politikunterricht umgesetzt werden? Prinzipien für die Entwicklung sprachbildender Lernaufgaben von Matthias Sieberkrob _____ **40**

Sprachbildung soll in allen Fächern stattfinden, weshalb es, so der Autor, zentral sei, dass sprachbildende Maßnahmen im Fachunterricht auch wirklich auf das jeweilige fachliche Lernen bezogen werden. In diesem Beitrag werden die grundsätzlichen Möglichkeiten einer fachintegrierten Sprachbildung im Politikunterricht beleuchtet. Dafür stellt der Autor Möglichkeiten zur Entwicklung sprachbildender Lernaufgaben vor und gibt weiterführende Hinweise.

Wer forscht wo zur Sprache im Politikunterricht? _____ **44**

Zur Bedeutung von Sprache und Sprechen für Jugendliche im Kontext von Politikunterricht von Susann Gessner _____ **46**

Der Politikunterricht ist u. a. auch ein Lernort, um Nicht-Wissen und Nicht-Verstandenes zur Sprache zu bringen. Sprache als Mittel zur Wissensvermittlung und als Vermittlungsgegenstand ist den Jugendlichen dabei ebenso gegenwärtig wie die kommunikative und soziale Dimension von Sprache. Anhand von Interviewauszügen kann die Bedeutung von Sprache und Sprechen im Politikunterricht gezeigt werden.

Was verstehen Schüler*innen wirklich? Politik sprachsensibel unterrichten von Florian Cöster _____ **52**

Vielen Schüler*innen fällt es zunehmend schwer, sich Materialien zu erschließen oder auch eigene Gedanken schlüssig zu formulieren. Unterricht wird dadurch nicht selten als anstrengend und frustrierend erlebt. In Hinblick auf die Entwicklung politischer Mündigkeit ist eine solche Entwicklung fatal. Dieser Text beruht auf Erfahrungen und unterbreitet Vorschläge, wie Politikunterricht dieser Entwicklung mit sprachsensiblen und sprachförderlichen Ansätzen begegnen könnte.

Mit Sprachbildung zur Urteilsbildung im Brückenfach Gesellschaftswissenschaften von Katharina Studtmann & Annemarie Jordan _____ **60**

Sprachbildung ist im Fach Gesellschaftswissenschaften in den Klassen 5 und 6 für die Urteilsbildung zentral. Der Beitrag erläutert zunächst die Brückenfunktion dieses Faches und stellt seine zentrale Kompetenz – das Urteilen – vor. Am Beispiel eines mehrstündigen Unterrichtsvorhabens zeigen die Autorinnen konkrete Möglichkeiten der unterrichtlichen Sprachbildung in den verschiedenen Phasen einer Unterrichtssequenz zur Förderung der Urteilskompetenz auf.

Sprachbildung in der Lehrer*innenausbildung für den (Politik-)Unterricht von Muhammed Giraz _____ **74**

In dem Beitrag wird die Relevanz von Sprachbildung für den Politikunterricht herausgestellt und es werden Anregungen für unterrichtspraktische Umsetzungen gegeben, damit Schüler*innen die sprachlichen Herausforderungen im Unterricht bewältigen und ihre politische und gesellschaftliche Partizipation gelingen kann.

Lesetipps zu Sprache und Sprachbildung im Politikunterricht _____ **80**

Zur Bedeutung von Bildungssprache und Fachsprache im Politikunterricht

Peter Massing

In der politikdidaktischen Diskussion besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass der Sprachfähigkeit im Politikunterricht zentrale Bedeutung zukommt. Dennoch erhalten Sprache und Sprachbildung in der Politikdidaktik bisher wenig Beachtung. Erst in jüngster Zeit bekommen sprachliche Aspekte im Zusammenhang eines kompetenzorientierten Politikunterrichts mehr Aufmerksamkeit. Im Zentrum steht dabei die Fachsprache, bezogen auf Basis- und Fachkonzepte. Der vorliegende Beitrag arbeitet heraus, dass die Fachsprache allein für den Erfolg im Politikunterricht nicht ausreicht, sondern dass es auf das Zusammenwirken von Alltagssprache, Fachsprache und vor allem Bildungssprache ankommt.

Sprache ist eine Grundvoraussetzung und das zentrale Medium für das fachliche Lernen in allen Fächern. Sprache und Kommunikation in einem bestimmten Fach unterscheiden sich jedoch von denjenigen in anderen Fächern (Kniffka/ Roelcke 2016, 60). Im Politikunterricht ist Sprache von besonderer Bedeutung. Zum einen sind hier schon die Fachinhalte sprachlich verfasst und Fachwissen wird im Politikunterricht fast ausschließlich über Sprache vermittelt.

Im Folgenden werde ich kurz versuchen, die Relevanz von Sprache im Politikunterricht etwas präziser zu beschreiben (1), danach werde ich zwischen Alltagssprache und Bildungssprache differenzieren (2), um dann die Fachsprache im kategorialen und kompetenzorientierten Politikunterricht genauer zu analysieren (3). Im letzten Teil des Beitrags widme ich mich kurz Hinweisen zur Sprachförderung im Politikunterricht (4).

Zur Bedeutung der Sprache im Politikunterricht

Zweifellos hat sprachliche Kompetenz eine Schlüssel-funktion für den Wissenserwerb im Politikunterricht, wobei im Unterschied zu anderen Schulfächern schon der Inhalt bzw. der Gegenstand des Wissens nur sprachlich vermittelt existiert. Das beginnt mit dem Kern des

Politikunterrichts: der Politik bzw. dem Politischen. Der Wissensbereich Politik erschließt sich erst durch die Klärung des Politikbegriffs, in dem u. a. Aussagen über die Reichweite der Politik gemacht werden. „Politik“ lässt sich nicht einfach hin als ein inhaltlich eindeutig bestimmtes Segment aus der umfassenderen historisch-sozialen oder aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit, d. h. beliebig ausgrenzen, vielmehr ist sie in konzeptualisierter Form aktuell und geschichtlich gleichermaßen sprachlich, d. h. begrifflich vermittelt. Was mangels analytischer Reichweite und theoretischer Leistungskapazität des verwandten Begriffsapparates nicht als „Politik“ perzipiert wird, muss infolgedessen aus ihrem Verständnisraster herausfallen. Das heißt, Politik ist selbst gar nicht anders zu denken als durch Sprache konstituiert und Sprache ist die Existenzbedingung für Politik.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe von Politikunterricht, Schüler*innen zu einer Fachsprache hinzuführen, die durch klare und möglichst präzise Begriffe über das Politische geprägt ist. Zwar wird im Politikunterricht von der Alltagssprache der Schüler*innen ausgegangen, doch ist die politische Fachsprache das Ziel des Politikunterrichts. Der Weg von der Alltagssprache zur Fachsprache führt über die Bildungssprache, die beide miteinander verbindet und die Funktion hat, Fachwissen in sinn-

stiftende Alltagsdeutungen einzubringen. Bevor die Bildungssprache und die Fachsprache in ihrer Bedeutung im Politikunterricht näher charakterisiert werden, geht es zunächst darum, die Merkmale der Alltagssprache zu konkretisieren.

Alltagssprache, Bildungssprache und Fachsprache im Politikunterricht

Merkmale der Alltagssprache

„Alltagssprache ist die Sprache, die in Diskursen der alltäglichen Lebenspraxis gesprochen und zur unproblematischen Verständigung bei geteiltem Hintergrundwissen jederzeit verwendet werden kann“ (Hoffmann 2019, 1). Sie ist charakteristisch für den Umgang mit vertrauten Personen und wird „naturwüchsig“, scheinbar mühelos beim Aufwachsen in der Familie, gelernt. Auch wenn sie von den Angehörigen einer Sprachgemeinschaft „im Alltag“ gemeinsam benutzt wird, bilden sich regionale oder soziale Besonderheiten, d. h. Varietäten der Alltagssprache aus. Die Alltagssprache ist daher nicht einheitlich. Sie ist vor allem durch unterschiedliche soziale Milieus geprägt und im Zusammenhang mit den dort verwendeten Wörtern sind viele Assoziationen möglich und es entstehen deshalb leicht Missverständnisse. Dabei spielt die „Code-Theorie“ von Basil Bernstein (1973), die der Mittelschicht einen „elaborierten Code“ und der Unterschicht einen „restringierten Code“ zuschreibt, sowie die damit verbundene „Defizithypothese“, nach der Kinder der Unterschicht unter einer „sprachlichen Verarmung“ (Oevermann) leiden, heute kaum mehr eine Rolle. Das gilt auch für die „Differenz-Theorie“ (Dittmar 1975), die in der sogenannten „Sprache der Unterschicht“ einen erhaltenswerten, Identität stiftenden



Prof. Dr. Peter Massing war Hochschullehrer für Politikwissenschaft und Politikdidaktik am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Er ist Mitherausgeber der **WOCHENSCHAU** und der Zeitschrift **POLITIKUM** und hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Politikwissenschaft, Politikdidaktik und politischer Bildung vorgelegt.

Eigenwert sah und vernachlässigte, dass sich dadurch die Bildungschancen von Kindern aus unteren sozialen Milieus deutlich verringerten (Steinig 2016). Diese Auseinandersetzungen sind in den Hintergrund getreten, denn spätestens nach PISA geht man davon aus, dass erfolgreiche Schüler*innen die Bildungssprache beherrschen sollten. Auch wenn es „die Bildungssprache“ als solche nicht geben mag, so lassen sich doch Phänomene beobachten, die sich, abhängig vom jeweiligen Kontext, als bildungssprachlich bezeichnen lassen.

Kennzeichen der Bildungssprache

Sprache als Mittel der Verständigung tritt nicht als einheitliches Ganzes auf, sondern in verschiedenen Sprachformen und auf verschiedenen Sprachebenen. Im Zentrum des schulischen Lernens steht dabei die Bildungssprache. Unter „Bildungssprache“ versteht man „ein formelles Sprachregister, das auch außerhalb des Bildungskontextes – in anspruchsvollen Schriften oder öffentlichen Verlautbarungen – gebräuchlich ist“ (Gogolin/Duarte 2016, 268f.). Sie wird überwiegend in den Massenmedien, dem Fernsehen, Rundfunk, Tages- und Wochenzeitungen benutzt (Habermas 1978, 330). Besonders Gewicht besitzt die Bildungssprache in Bildungs-

Abb. 1: Vergleich Alltagssprache – Bildungssprache

	BICS / Basic Interpersonal Communicative Skills	CALP / Cognitive Academic Language Proficiency
Sprachtyp	Vergleichbar mit der Alltagssprache	Vergleichbar mit der Bildungssprache
Merkmale	Inhaltlich einfacher	Kognitiv anspruchsvoll
	Sprache der Nähe	Sprache der Distanz
	In Kontexten eingebunden	In kontextreduzierten Situationen
	Konzeptionell mündlich	Konzeptionell schriftlich
Geprägt durch	Wiederholungen, Gedankensprünge, unvollständige Sätze, grammatikalische Fehler, unpräziser Wortgebrauch, Füllwörter, zirkuläre Argumentationen (vgl. Leisen in diesem Heft)	Wenige Wiederholungen, keine Gedankensprünge, vollständige und komplexe Sätze, keine grammatikalischen Fehler, präziser Wortgebrauch, keine Füllwörter, lineare Argumentation (vgl. Leisen in diesem Heft)

Quelle: Achour 2020, 40

kontexten, weil sie in Lernaufgaben, Lehrwerken und Unterrichtsmaterialien sowie in Prüfungen verwendet wird. Kennzeichen der „Bildungssprache“ sind vor allem die sprachlichen Formate und Prozeduren einer auf Text-handlungen wie Beschreiben, Vergleichen, Erklären, Analysieren, Erörtern etc. bezogenen Sprachkompetenz, die man eben schriftlich oder mündlich im schulischen und akademischen Bereich findet. Die entsprechenden grammatischen Mittel und wissensbildenden Funktionen finden sich aber auch in Texten mit Alltagsthemen, die sachlich komplexe Verhältnisse darstellen (Feilke 2012, 5). Die Bildungssprache erfordert hohe kognitive und sprachliche Anforderungen. Im bildungspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland hat die Unterscheidung in „Bildungssprache“ und „Alltagssprache“ einen festen Platz. Sie basiert auf der Differenzierung nach Jim Cummins (2000), der zwischen BICS (Basic Interpersonal Communicative Skills), die vergleichbar mit der Alltagssprache sind, und CALP (Cognitive Academic Language Proficiency), vergleichbar mit der Bildungssprache, unterscheidet (Achour 2020, 39; Giraz in diesem Heft).

„Die Beherrschung von Bildungssprache bzw. Kompetenzen in CALP, so der Grundgedanke, bilden die Voraussetzung für Schulerfolg und gesellschaftliche Teilhabe, unzureichende bildungssprachliche Kompetenzen sind für schulisches Scheitern mitverantwortlich“ (Kniffka/Roelcke 2016, 42). Dieser Zusammenhang gilt für alle Schüler*innen, unabhängig vom Migrationshintergrund und davon, ob Deutsch Erst- oder Zweitsprache ist. Der sozioökonomische Status des Elternhauses, dessen Bildungsferne bzw. Bildungsnähe scheint die stärkste Wirkung zu haben (vgl. ebd.). Auch monolingual deutschsprachige Schüler*innen können soziokulturell bedingt sprachliche Schwierigkeiten haben. Erst das Beherrschen der Bildungssprache ermöglicht schwierige und kognitiv anspruchsvolle Sinnzusammenhänge zu durchdringen und Informationen zu verarbeiten (Leisen in diesem Heft).

Fachlernen und Sprachlernen im Fach sind untrennbar miteinander verbunden und Sprachbildung im Fach ist der Weg von der Alltagssprache über die Bildungssprache zur Fachsprache. Es ist inzwischen weitgehend anerkannt, dass die Berücksichtigung der sprachlichen Dimension in den sogenannten Sachfächern eine wesentliche Voraussetzung für den Bildungserfolg ist. Die konsequente Nutzung der Bildungssprache und der politischen Fachsprache im Unterricht führt zu einer größeren Chancengleichheit unter den Lernenden, zu Inklusion und mehr Bildungsgerechtigkeit. Welche Bedeutung hat nun die Fachsprache im Politikunterricht und wie hat sich ihr Verständnis entwickelt?

Fachsprache im Politikunterricht

Auf den Tatbestand, dass der Gegenstand des Politikunterrichts, die Politik, nur sprachlich vermittelt existiert, wurde schon verwiesen. Zum fachlichen Inhalt des Politikunterrichts gehört aber nicht nur die Politik in einem sprachlich konstitutiven Sinne, sondern auch die Sprache in der Politik in einem instrumentellen Sinn. Sprache in der Politik ist allerdings keine Fachsprache. Sie hat einen Mischcharakter und ist geprägt durch die Überschneidung mit mehreren Fachsprachen, die sich auf unterschiedliche Bereiche des Politischen beziehen (Wirtschaft, Gesellschaft, Justiz u. a. = Ressortvokabular) und ihre breite Überlappung mit der Alltagssprache. Um sich diese Sprache in der Politik zu erschließen, benötigen Schüler*innen allerdings wiederum fachsprachliche Kenntnisse und Kompetenzen (Klein 1989, 5f.). Auf eine weitere Bedeutung der Sprache im Politikunterricht als Unterrichtsgespräch im Sinne einer Kommunikationssituation, die neben dem Inhaltsaspekt auch einen Beziehungsaspekt hat, wobei letztere den ersteren beeinflusst, sowie ihre Diskursfunktion im Politikunterricht kann hier nicht weiter eingegangen werden (vgl. dazu Massing 2014).

Der kategoriale Politikunterricht

Bei dem Versuch, die Fachsprache für den Politikunterricht zu beschreiben, finden sich in der Politikdidaktik zwei unterschiedliche Versuche, die historisch aufeinander folgten. Der erste Versuch begann Mitte der 1960er Jahre mit Herrmann Giesecke, der die „kate-



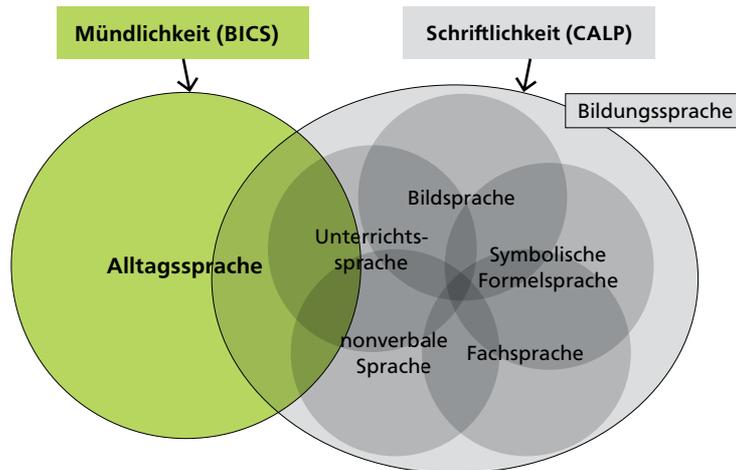
Sprache ist eine Interaktion. Lehrkräfte, Schüler*innen, Texte oder Medien gehören in einem sprachbildenden Unterricht zusammen.

goriale Bildung“ in die Politikdidaktik einführte. Dieser Ansatz und dieses Verständnis von Politikunterricht entfaltete eine beträchtliche Wirkung, führte zu einer breiten Zustimmung (vgl. Massing 1999; kritisch zu diesem Ansatz vor allem Sander 2013) und wurde geradezu als „das Paradigma“ (Grammes) des Faches gesehen. Ohne im Einzelnen auf den Ansatz des kategorialen Politikunterrichts hier eingehen zu können, lassen sich seine wesentlichen Elemente wie folgt zusammenfassen. Im Mittelpunkt eines kategorialen Politikunterrichts stehen Kategorien. Kategorien sind verallgemeinernde Begriffe, in denen prägende Elemente des Politischen deutlich werden. Sie sollen Zugänge zum Politischen eröffnen, indem sie in Schlüsselfragen umformuliert das Wesentliche, das Verallgemeinere der Politik und des Politischen aufschließen. Kategorien sind vor dem Hintergrund der Frage entwickelt worden, welches politische Fachwissen für die Bearbeitung eines politischen Inhalts im Politikunterricht notwendig ist (Massing 1999, 11ff.). Innerhalb des Fachwissens kommt den Kategorien eine besondere Bedeutung zu. Sie erfüllen eine doppelte Brückenfunktion: Sie stellen zum einen eine Verbindung her von den konkreten Fakten des Politischen zu allgemeineren Prinzipien der Politik und zweitens von den allgemeineren Prinzipien der Politik zu allgemeinen politischen Theorien, die ihnen erst einen Ort und eine Bedeutung geben. Kategorialer Politikunterricht, in dem sich kategoriales Denken im Sinne einer kognitiven Struktur herausbildet, erfordert einen längeren Lernprozess, in dem die Kategorien den Schüler*innen am konkreten Gegenstand aufgehen und einleuchten. „Der Politikunterricht muss dies in wiederholten Ansätzen mehrfach und mit steigendem Abstraktionsgrad anbahnen. Erst wenn der Vorgang der kategorialen Analyse mehrfach und mit zunehmendem Differenzierungsgrad praktiziert wurde, ist es fruchtbar, in eigens arrangierter kategorial-methodischer Reflexion, die sich wiederholenden Schlüsselfragen bewusst und damit für die weitere Arbeit verfügbar zu machen“ (Sutor 1984, 73). So verstanden, steht im kategorialen Politikunterricht das Lernen der Fachsprache im Zentrum. Auf sie sind Analysefähigkeit und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen ebenso wie die Unterrichtskommunikation angewiesen.

Der kompetenzorientierte Politikunterricht

Die zentrale wissenschaftliche und didaktische Leistung von Kategorien bestand unter anderem darin, die Komplexität des Politischen zu reduzieren und zu strukturieren. In dieser Funktion sind Kategorien den Basiskonzepten und den Fachkonzepten ähnlich, die seit Mitte 2000 die fachdidaktische Diskussion nicht nur in der Politikdidaktik prägen (vgl. Detjen et al. 2012). Auch die Funktion von Basiskonzepten, die durch Fachkonzepte konkretisiert werden müssen, besteht darin, die Breite der entsprechenden Fachwissenschaft, also ihre Komplexität auf einen inhaltlich-fachlichen Kern zu reduzieren, um ein exemplarisches Vorgehen zu ermöglichen. Wie Kategorien sind Basiskonzepte die strukturierte Vernetzung aufeinander bezogener Begriffe, Theorien und erklärender Modellvorstellungen, die sich aus der Systematik eines Faches zur Beschreibung elementarer Prozesse und Phänomene historisch als relevant herausgebildet haben. Der begriffliche Wechsel von Kategorien zu Konzepten sowie die Dominanz der letzteren hat sich im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kompetenzmodellen und Bildungsstandards im Zuge der PISA-Diskussion ergeben und der Orientierung an den anderen Fachdidaktiken. Basiskonzepte lassen sich weiter ausdifferenzieren in Fachkonzepte, also in spezifische Konzepte der Domäne Politik. Welche Fachkonzepte ein Basiskonzept konstituieren ist nicht beliebig, sondern eine Auswahl, die auf der Grundlage der Politikwissenschaft und auf Grund politikdidaktischer Entscheidungen erfolgt. Die Basiskonzepte begründen die Perspektive, mit denen die Fachkonzepte vorrangig betrachtet werden sollen. In den Fachkonzepten wird unterschieden zwischen der begrifflichen Essenz und einem kontextabhängigen Interpretationsspielraum. Die Erweiterung erfolgt dann durch die Einbeziehung unterschiedlicher politikwissenschaftlicher Theorien bzw. Diskussionsstränge. Fachkonzepte lassen sich mit Hilfe konstituierender Begriffe beschreiben. Konstituierende Begriffe entfalten den komplexen Inhalt von Fachkonzepten und bilden den Kern der Fachsprache. Die Hinführung zu einer so verstandenen Fachsprache ist dann die zentrale Aufgabe eines kompetenzorientierten Politikunterrichts, der auch in der unterrichtlichen Kommunikation auf diese Fachsprache, angewiesen ist. Die politische Fachsprache, die im Wesentlichen über die Fachinhalte in Form von Fachkonzepten gelernt wird, ist auch für die weiteren Kompetenzen, die im Politikunterricht vermittelt werden, wie politische Urteilsfähigkeit und politische Handlungsfähigkeit unabdingbar. Beide Kompetenzdimensionen hängen von der Fähigkeit zur Kommunikation und damit auch von der Fähigkeit zur Verwendung der Fachsprache ab. Während Fachkonzepte als Basis des Fachwis-

Abb. 2: Mündlichkeit und Schriftlichkeit



Quelle: Josef Leisen (www.sprachsensiblerfachunterricht.de/sprachbildung 2020)

sens vor allem die sprachlichen Akte „verstehen, erarbeiten, anwenden“ erfordern, sind es im Zusammenhang der politischen Urteilskompetenz die sprachlichen Akte „schriftliche und mündliche Urteile verfassen, äußern und begründen“ und in Bezug auf die politische Handlungskompetenz „artikulieren, argumentieren, verhandeln, entscheiden“ (vgl. Achour 2020, 39). Die Kompetenzdimensionen „urteilen“ und „handeln“ hängen eng zusammen und die Grenzen sind fließend, vor allem weil beide von den sprachlichen Kompetenzfacetten artikulieren und argumentieren abhängen. Artikulieren bezieht sich auf die eigene politische Position bzw. das eigene politische Urteil, das eigene Meinen und Fühlen und hat zum Ziel, diese durch Verbalisierung öffentlich zu machen. Dazu ist es erforderlich, die konstituierenden Fachbegriffe des Politischen sachgerecht zu verwenden, d. h. die Fachsprache angemessen zu nutzen. Argumentieren hat in der Regel Verständigung zum Ziel. Durch Argumentieren wird versucht, einen oder mehrere von der eigenen Position zu überzeugen sowie ihnen gegenüber das eigene politische Urteil zu begründen. Dazu müssen Argumente und Begründungen sachgerecht dargestellt sowie kontext- und situationsbezogen erläutert werden können. Auch dazu ist die Fachsprache hilfreich (ebda.).

Hinweise zur Sprachförderung im Politikunterricht

Der Zusammenhang von Politikunterricht und Fachsprache, die durch Fachkonzepte und Fachbegriffe geprägt ist, stand im Zentrum des vorangegangenen Kapitels. Bei der Förderung der Fachsprache im Politikunterricht ist eine besondere Schwierigkeit darin zu sehen, dass die Begriffe der Fachsprache auch als ganz normale

Wörter der Alltagssprache fungieren können. In der Politik gilt dies sogar für Grundbegriffe wie Demokratie, Grundrechte, Markt, Staat und viele andere mehr. Eine Fachsprache entsteht daraus nur, wenn diese Wörter der Alltagssprache in klare und möglichst präzise Begriffe gefasst und im Kontext der entsprechenden Fachkonzepte gelernt und verstanden werden.

Ein weiteres Problem der Förderung der Fachsprache besteht in der Gefahr, dass unter dem Signum „Fachsprache“ häufig schwerpunktmäßig, wenn nicht einzig und allein, die entsprechenden Begriffe verhandelt werden, ohne diese in den Kontext der Fachkonzepte einzubetten und sprachlich angemessen sowie inhaltlich zu verknüpfen.

Die Lernschwierigkeiten, die Schüler*innen bei der Aneignung der Fachsprache haben, werden auch dadurch noch verstärkt, dass der Weg von der Alltagssprache zur Fachsprache direkt genommen und die Kluft zwischen den beiden übersehen wird. Um diese Kluft zu überbrücken, bedarf es, wie zur inhaltlichen Verknüpfung der Begriffe, der Bildungssprache, die Alltagssprache und Fachsprache zusammenführt. Nur wenn dies gelingt, führt die Nutzung der Bildungssprache und der politischen Fachsprache im Unterricht zu einer größeren Chancengleichheit unter den Lernenden.

Die Vermittlung der Bildungssprache und der Fachsprache erfolgt unter anderem bei der Förderung der jeweiligen Kompetenzdimensionen im Politikunterricht, insbesondere im Zusammenhang der Kompetenzdimension „Fachwissen“ sowie der Kompetenzdimensionen „Politische Urteilsfähigkeit“, „Politische Handlungsfähigkeit“, sowie deren einzelnen Facetten „analysieren“, „artikulieren“ und „argumentieren“. Zur Unterstützung bietet sich ein „Scaffolding“ an (Achour 2020, 247f.;

Leisen in diesem Heft). Scaffolding meint die Bereitstellung einer Orientierungsgrundlage in Form von Anleitungen, Denkanstößen und anderen Hilfestellungen. Scaffolding soll Schüler*innen bei ihren Konstruktionen so unterstützen, dass Lernen ermöglicht wird. Dabei werden in der Literatur problematisierende und strukturierende Maßnahmen unterschieden. Problematisierende Anleitungen dienen der kognitiven Aktivierung, strukturierende Hilfestellungen reduzieren die Komplexität des Gegenstandes. Darüber hinaus können vor allem Methoden kooperativen Handelns bzw. handlungsorientierte Methoden die einzelnen Kompetenzfacetten fördern. Diese wirken jedoch nur dann auch sprachbildend, wenn die jeweiligen Methoden unter diesem Gesichtspunkt reflektiert werden. Das heißt z. B. bei der Kompetenzfacette „artikulieren“ ist im Unterricht die Verbalisierung von Positionen unter Berücksichtigung der Sprache mit ihren syntaktischen und semantischen Aspekten zu analysieren und die präzise Formulierung von Positionen ist zu üben. Auch die Facette „argumentieren“ ist immer auch im Hinblick auf die angemessene Anwendung der Fachsprache und der Bildungssprache zu reflektieren und zu üben. Die Verwendung der Fachsprache und der Bildungssprache in der Unterrichtskommunikation muss von den Lehrkräften regelmäßig explizit eingefordert werden. Inhaltlich kann es zudem im Politikunterricht sinnvoll sein, sich mit Argumenten aus realen politischen Debatten auseinanderzusetzen. Dabei lassen sich nicht nur Strategien der politischen Argumentation erkennen, sondern auch bildungssprachliche und fachsprachliche Aspekte der Argumentation überprüfen und kritisch analysieren.

Für den Erfolg des schulischen Lernens im kompetenzorientierten Politikunterricht reicht die Fachsprache also allein nicht aus. Er hängt ab vom Zusammenwirken der Alltagssprache, der Fachsprache, vor allem aber der Bildungssprache. Im Politikunterricht sind alle Kompetenzdimensionen vom Fachwissen über die politische Urteilsfähigkeit bis zur politischen Handlungsfähigkeit und ihre Facetten durch die Fachsprache, verbunden mit der Bildungssprache, geprägt. Die Politikkompetenz der Schüler*innen ist so im Kern eine sprachliche Kompetenz. Insofern erfordert der kompetenzorientierte Politikunterricht immer auch eine kontinuierliche Sprachförderung, die die Lernenden im Fachunterricht so unterstützt, dass sie die fachlichen Kompetenzen erreichen können.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine 2020: Sprachbildung. In: Achour, Sabine et al. (Hg.): Methodentraining für den Politikunterricht. Frankfurt/M. S. 39–41 und S. 244–246.
- Bernstein, Basil 1970: Soziale Struktur, Sozialisation und Sprachverhalten. Aufsätze 1958–1970. Amsterdam.
- Detjen, Joachim et al. 2012: Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden.
- Dittmar, Norbert 1975: Soziolinguistik – Exemplarische und kritische Darstellung ihrer Theorie. Empirie und Anwendung. Frankfurt/M.
- Feilke, Helmuth 2019: Bildungssprache. Online: https://epub.uni-muenchen.de/61963/1/Feilke_Bildungssprache.pdf. S. 1–3., Zugriff: 24.6.2020.
- Gogolin, Ingrid/Duarte, Joana 2016: Bildungssprache. In: Kilian, Jörg/Brouër, Birgit/Lüttenberg, Diana (Hrsg.): Handbuch Sprache in der Bildung. Berlin/München/Boston. S. 478–499.
- Habermas, Jürgen 1978: Umgangssprache, Wissenschaftssprache, Bildungssprache. In: Merkur 32 (359). S. 327–342.
- Hoffmann, Ludger 2019: Alltagssprache. Online: https://epub.uni-muenchen.de/61747/1/Hoffmann_Alltagssprache.pdf, Zugriff: 24.6.2020.
- Klein, Josef 1989: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: ders. (Hrsg.): Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen. S. 3–6.
- Kniffka, Gabriele/Roelcke, Thorsten 2016: Fachsprachenvermittlung im Unterricht. Paderborn.
- Massing, Peter 1999: Wege zu einem kategorialen und handlungsorientierten Politikunterricht. In: Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter (Hg.): Politikunterricht – kategorial und handlungsorientiert. Schwalbach/Ts. S. 5–38.
- Massing, Peter 2014: In Gesprächen Lernen: Gesprächsformen in der politischen Bildung. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts. S. 442–449.
- Sander, Wolfgang 2013: Politik entdecken – Freiheit leben. Schwalbach/Ts., 4. Auflg.
- Steinig, Wolfgang 2016: Sprache, Bildung und soziale Herkunft. In: Kilian, Jörg/Brouër, Birgit/Lüttenberg, Dina (Hrsg.): Handbuch Sprache in der Bildung. Berlin/München/Boston. S. 68–98.
- Sutor, Bernhard 1984: Neue Grundlegung der politischen Bildung. 2. Bde. Paderborn.